

Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 24.05.2023

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:01 Uhr
Ende:	20:02 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzender:	Herr Panse
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung von Niederschriften	
3.1.	Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 08.03.2023	
3.2.	Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.04.2023	
4.	Aktuelle Stunde	

- | | | |
|--------|--|----------------|
| 5. | Behandlung dringlicher Entscheidungsvorlagen | |
| 5.1. | Verfahren Sozialticket
Einr.: Oberbürgermeister | 1029/23 |
| 5.2. | Neubesetzung sachkundiger Bürger Fraktion Mehrwertstadt Erfurt
Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt | 1058/23 |
| 5.3. | 1. über-/ außerplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 58 Abs. 1 ThürKO im Jahr 2023
Einr.: Oberbürgermeister | 1077/23 |
| 5.4. | Abberufung und Entsendung eines Mitglieds für den Aufsichtsrat der SWE UmweltService GmbH
Einr.: Fraktion SPD | 1094/23 |
| 5.5. | Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktion DIE LINKE.
Einr.: Fraktion DIE LINKE | 1109/23 |
| 5.6. | Wahl eines Stellvertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Jugendhilfeausschuss
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 1143/23 |
| 5.7. | Abberufung sachkundiger Bürger der Fraktion CDU
Einr.: Fraktion CDU | 1146/23 |
| 6. | Behandlung von Entscheidungsvorlagen | |
| 6.1. | Bestätigung des Integrierten städtebaulichen Rahmenkonzeptes Äußere Oststadt - Fortschreibung 2022
Einr.: Oberbürgermeister | 0045/22 |
| 6.1.1. | Antrag der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 0045/22 - Bestätigung des Integrierten städtebaulichen Rahmenkonzeptes Äußere Oststadt - Fortschreibung 2022 | 1120/23 |
| 6.1.2. | Antrag der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 0045/22 - Bestätigung des Integrierten städtebaulichen Rahmenkonzeptes Äußere Oststadt - Fortschreibung 2022 | 1121/23 |

6.1.3.	Antrag der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 0045/22 - Bestätigung des Integrierten städtebaulichen Rahmenkonzeptes Äußere Oststadt - Fortschreibung 2022	1122/23
6.2.	Feststellung des Jahresabschlusses 2021 des Eigenbetriebes Thüringer Zoopark Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0137/22
6.3.	Entwurf für eine Satzung der Stadt Erfurt über die Zulässigkeit und Gestaltung von Werbeanlagen in der Altstadt von Erfurt (Werbesatzung) Einr.: Oberbürgermeister	0788/22
6.3.1.	Antrag der Fraktionen CDU; SPD; DIE LINKE.; BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur Drucksache 0788/23 - Entwurf für eine Satzung der Stadt Erfurt über die Zulässigkeit & Gestaltung von Werbeanlagen und Warenautomaten in der Altstadt	0955/23
6.3.1.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0955/23 - Antrag der Fraktionen CDU; SPD; DIE LINKE.; BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur Drucksache 0788/23 - Entwurf für eine Satzung der Stadt Erfurt über die Zulässigkeit & Gestaltung	1061/23
6.3.2.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0788/22 - Entwurf für eine Satzung der Stadt Erfurt über die Zulässigkeit und Gestaltung von Werbeanlagen und Warenautomaten in der Altstadt von Erfurt (Werbesatzung)	1062/23
6.3.3.	Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0788/22 - Entwurf für eine Satzung der Stadt Erfurt über die Zulässigkeit und Gestaltung von Werbeanlagen und Warenautomaten in der Altstadt von Erfurt (Werbesatzung)	1063/23
6.4.	Neufassung "Satzung über die Verleihung des Kulturpreises der Landeshauptstadt Erfurt" Einr.: Oberbürgermeister	0856/22
6.5.	4. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Multifunktionsarena Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	1866/22

6.6.	Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1791/20 - Carsharing in die Sondernutzungsgebührensatzung aufnehmen - Aufhebung Einr.: Oberbürgermeister	2201/22
6.7.	Änderungssatzung zur Satzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	2227/22
6.7.1.	Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 2227/22 - Änderungssatzung zur Satzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates der Landeshauptstadt Erfurt	0721/23
6.7.2.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2227/22 - Änderungssatzung zur Satzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates der Landeshauptstadt Erfurt	1044/23
6.8.	Feststellung des Jahresabschlusses 2022 der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega) Einr.: Oberbürgermeister	0161/23
6.9.	Feststellung des Jahresabschlusses 2022 der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0162/23
6.10.	4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt - Sondernutzungsgebührensatzung Einr.: Oberbürgermeister	0172/23
6.10.1.	Antrag der Fraktion CDU und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0172/23 - 4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt - Sondernutzungsgebührensatz	0923/23
6.10.1.1.	Antrag der Fraktion CDU zum Änderungsantrag Drucksache 0923/23 - 4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt - Sondernutzungsgebührensatzung	1045/23

6.11.	Erleichterung von Solaranlagen in der Altstadt Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0230/23
6.12.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV746 "Neue Gartenstadt Röderweg" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung Vorentwurf und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung Einr.: Oberbürgermeister	0383/23
6.13.	VS030 - Satzungsbeschluss über die Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes BIN031 "Büro- u. Gewerbepark" - 1. Änderung Einr.: Oberbürgermeister	0401/23
6.14.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT711 "Willy-Brandt-Höfe"- Abwägungs- und Satzungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	0431/23
6.15.	Erfurt nachhaltig entwickeln - BUGA 2035 Einr.: Fraktion CDU; Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0517/23
6.15.1.	Antrag der Fraktionen CDU; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 0517/23 - Erfurt nachhaltig entwickeln - BUGA 2035	0785/23
6.16.	Schaffung von Räumen für Radweg und Gastrofleiflächen in der Eichenstraße Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Fraktion Mehrwertstadt Erfurt	0520/23
6.16.1.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.04.2023 - TOP 5.23 Schaffung von Räumen für Radweg und Gastrofleiflächen in der Eichenstraße (DS 0520/23) - hier: Rückfrage Städtebaufördermittel BE: Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung	0912/23
6.17.	Sicherheitstechnik Lowetscher Straße 42c Einr.: Fraktion CDU; Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0530/23

6.18.	Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen Einr.: Oberbürgermeister	0680/23
6.18.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0680/23 - Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen	1138/23
6.19.	Willkommensgruß für Studenten und für neue Einwohner in den Ortsteilen Einr.: Fraktion CDU	0719/23
6.19.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0719/23 - Will- kommensgruß für Studenten und für neue Einwohner in den Ortsteilen	1141/23
6.20.	Regelleistungsentgelte Kommunales Jugendhilfezent- rum "ASTER" Einr.: Oberbürgermeister	0737/23
6.21.	Feststellung der Jahresrechnung 2021 Einr.: Oberbürgermeister	0759/23
6.22.	Entlastungsbeschluss für das Haushaltsjahr 2021 Einr.: Oberbürgermeister	0760/23
6.23.	Verlängerung der Richtlinie zur Härtefallregelung bei der grundstücksbezogenen Abwasserentsorgung Einr.: Fraktion CDU	0772/23
6.23.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0772/23 - Ver- längerung der Richtlinie zur Härtefallregelung bei der grundstücksbezogenen Abwasserentsorgung	1027/23
6.24.	24-Stunden-Läden in Erfurt Einr.: Fraktion CDU	0774/23
6.25.	Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung eines hälftigen Grundstücksanteils in Melchendorf Einr.: Oberbürgermeister	0778/23
6.26.	Fahrgastzählung Linien 2 und 4 Einr.: Fraktion CDU	0782/23

6.27.	Städtisches Konzept für die Durchführung Weltfriedentag 2023 Einr.: Fraktion DIE LINKE	0783/23
6.27.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Durcksache 0783/23 - Städtisches Konzept für die Durchführung Weltfriedentag 2023	0936/23
6.28.	Erstellung Nachpflanzungsstrategie Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt	0821/23
6.29.	Baurecht in den Ortsteilen Einr.: Fraktion SPD	0828/23
6.30.	Bauflächen in den dörflichen Ortsteilen Einr.: Fraktion SPD	0829/23
6.31.	Außengelände des Erweiterungsbaus Gem 7 Kerspleben Einr.: Ortsteilbürgermeister Kerspleben mit Töttleben	0831/23
6.32.	Wiederherstellung Friedhofseinfahrt mit Parkmöglichkeiten Töttleben Einr.: Ortsteilbürgermeister Kerspleben mit Töttleben	0832/23
6.33.	Zusätzliche Landesmittel für neue Straßenbahnlinie 9 Einr.: Fraktion DIE LINKE	0833/23
6.34.	Änderung der Geschäftsordnung "Öffentlichkeit vorbereitender Ausschüsse" Einr.: Fraktion DIE LINKE	0834/23
6.34.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0834/23 - Änderung der Geschäftsordnung "Öffentlichkeit vorbereitender Ausschüsse"	0984/23
6.34.2.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0834/23 - Änderung der Geschäftsordnung "Öffentlichkeit vorbereitender Ausschüsse"	1149/23
6.35.	Bundesgartenschau 2037 - 2041 Einr.: Fraktion CDU;Fraktion SPD; Fraktion DIE LINKE; Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten; Fraktion Mehrwertstadt Erfurt	0839/23

- | | | |
|---------|--|----------------|
| 6.36. | "Gartenfestival" auf dem Petersberg
Einr.: Fraktion CDU; Fraktion SPD; Fraktion DIE LINKE;
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Fraktion Mehrwert-
stadt Erfurt, Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten | 0840/23 |
| 6.37. | Aufforderung an die von der Stadt Erfurt entsendeten
Vertreter in der Verbandsversammlung (Verbandsrat) und
im Verwaltungsrat der Sparkasse Mittelthüringen hin-
sichtlich der Umsetzung § 16 Abs. 7 Thüringer Sparkas-
sengesetz
Einr.: Fraktion DIE LINKE | 0841/23 |
| 6.38. | Evaluation des Angebotes des Familien-Passes
Einr.: Fraktion SPD | 0849/23 |
| 6.38.1. | Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0849/23 - Evalua-
tion des Angebotes des Familien-Passes | 1014/23 |
| 6.39. | Neubesetzung Verbandsrat in der Verbandsversammlung
des Sparkassenzweckverbandes Mittelthüringen
Einr.: Oberbürgermeister | 0966/23 |
| 6.40. | Wahl der Vertrauenspersonen des Wahlausschusses beim
Amtsgericht
Einr.: Oberbürgermeister | 1026/23 |
| 6.41. | Änderung und Ergänzung der Geschäftsordnung
Einr.: Oberbürgermeister | 1028/23 |
| 7. | Informationen | |
| 7.1. | Berichterstattung über die Arbeit des kommunalen Beira-
tes für Menschen mit Behinderungen
BE: Vorsitzender des Beirates für Menschen mit Behinde-
rungen | |
| 7.2. | Sonstige Informationen | |

1. **Eröffnung durch den Oberbürgermeister**

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, eröffnete die 37. Sitzung des Erfurter Stadtrates in der Wahlperiode 2019-2024 und begrüßte alle anwesenden Stadtratsmitglieder, Beigeordneten, Ortsteilbürgermeisterinnen und Ortsteilbürgermeister, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die anwesenden Gäste sowie alle Zuschauenden am Livestream.

Anschließend übergab die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit die Sitzungsleitung an den Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Panse.

Der Stadtratsvorsitzende erklärte, dass gemäß § 3 Abs. 4 der Geschäftsordnung die Aufzeichnung der Stadtratssitzung und die entsprechende Speicherung der Daten bis zur nächstfolgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. durch den durch sie beauftragten technischen Dienstleister erfolge. Ebenso werde die Stadtratssitzung via Livestream auf der entsprechenden Webpräsenz ausgestrahlt. Zu Sitzungsbeginn lag kein schriftlicher Widerspruch gegen die Aufzeichnung von Redebeiträgen von Stadtratsmitgliedern oder geladenen Dritten vor. Auf Nachfrage des Stadtratsvorsitzenden wurde ein derartiger Widerspruch auch mündlich nicht angezeigt.

Der Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass die Liste der grundsätzlich genehmigten im Bereich Medien tätigen Personen, gemäß § 19 Abs. 8 der Geschäftsordnung, in den Fraktionsgeschäftsstellen sowie in den Diensträumen der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmenden ausläge.

Sodann stellte er die form- und fristgerechte Ladung, gemäß § 35 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO), fest. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch; Ladungsmängel wurden nicht geltend gemacht. Ferner stellte er die Beschlussfähigkeit des Gremiums nach § 36 Abs. 1 ThürKO fest. Zum Zeitpunkt der Sitzungseröffnung waren 41 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates anwesend.

Anschließend sprach er den Angehörigen des Personenkreises, welche seit der letzten regulären Stadtratssitzung ihren Geburtstag begehen konnten, die Glückwünsche im Namen des Stadtrates aus.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte über folgende Änderungen zur Tagesordnung:

Zusätzlich aufgenommen werden sollten:

TOP 5.1 - Drucksache 1029/23

Verfahren Sozialticket

Eine Begründung der Dringlichkeit wurde nicht gewünscht.

Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	41
Nein- - Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde erreicht und die Dringlichkeit damit bestätigt. Somit erfolgte die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung.

TOP 5.2 - Drucksache 1058/23

Neubesetzung sachkundiger Bürger Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

Eine Begründung der Dringlichkeit wurde nicht gewünscht.

Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	40
Nein- - Stimmen	0
Enthaltungen	1

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde erreicht und die Dringlichkeit damit bestätigt. Somit erfolgte die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung.

TOP 5.3 - Drucksache 1077/23

1. über-/ außerplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 58 Abs. 1 ThürKO im Jahr 2023

Eine Begründung der Dringlichkeit wurde nicht gewünscht.

Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	41
Nein- - Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde erreicht und die Dringlichkeit damit bestätigt. Somit erfolgte die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung.

TOP 5.4 - Drucksache 1094/23

Abberufung und Entsendung eines Mitglieds für den Aufsichtsrat der SWE UmweltService GmbH

Eine Begründung der Dringlichkeit wurde nicht gewünscht.

Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	40
Nein- - Stimmen	0
Enthaltungen	1

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde erreicht und die Dringlichkeit damit bestätigt. Somit erfolgte die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung.

TOP 5.5 - Drucksache 1109/23

Änderung der Ausschussbesetzung

Eine Begründung der Dringlichkeit wurde nicht gewünscht.

Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	40
Nein- - Stimmen	0
Enthaltungen	1

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde erreicht und die Dringlichkeit damit bestätigt. Somit erfolgte die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung.

TOP 5.6 - Drucksache 1143/23

Wahl eines Stellvertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Jugendhilfeausschuss

Eine Begründung der Dringlichkeit wurde nicht gewünscht.

Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	40
Nein- - Stimmen	0
Enthaltungen	1

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde erreicht und die Dringlichkeit damit bestätigt. Somit erfolgte die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung.

TOP 5.7 - Drucksache 1146/23

Abberufung sachkundiger Bürger der Fraktion CDU

Eine Begründung der Dringlichkeit wurde nicht gewünscht.

Abstimmergebnis

Ja - Stimmen	39
Nein- - Stimmen	1
Enthaltungen	1

Die erforderliche 2/3-Mehrheit wurde erreicht und die Dringlichkeit damit bestätigt. Somit erfolgte die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung.

Weiterhin teilte der Stadtratsvorsitzende mit, dass durch den/die Einreicher die folgenden Tagesordnungspunkte (TOP) vertagt wurden:

TOP 6.4 - Drucksache 0856/22

Neufassung "Satzung über die Verleihung des Kulturpreises der Landeshauptstadt Erfurt"

TOP 6.7 – Drucksache 2227/22

Änderungssatzung zur Satzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates der Landeshauptstadt Erfurt vertagt

TOP 6.26 – Drucksache 0782/23

Fahrgastzählung Linien 2 und 4

TOP 6.27 - Drucksache 0783/23)

Städtisches Konzept für die Durchführung Weltfriedenstag 2023

TOP 6.33 - Drucksache 0833/23

Zusätzliche Landesmittel für neue Straßenbahnlinie 9

TOP 7.1 Berichterstattung über die Arbeit des kommunalen Beirates für Menschen mit Behinderungen

Herr Panse informierte weiterhin, dass folgende Tagesordnungspunkte zurückgezogen wurden:

TOP 6.11 – Drucksache 0230/23

Erleichterung von Solaranlagen in der Altstadt

TOP 6.15 - Drucksache 0517/23

Erfurt nachhaltig entwickeln - BUGA 2035

TOP 6.31 - Drucksache 0831/23

Außengelände des Erweiterungsbaus Gem 7 Kerspleben

Entsprechend der Vereinbarung im gestrigen Hauptausschuss soll, direkt nach der Behandlung der dringlichen Entscheidungsvorlagen, der Tagesordnungspunkt 6.18 (Drucksache 0680/23) - Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen aufgerufen werden.

Frau Maurer, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., meldete sich zu Wort und teilte in diesem Zusammenhang mit, dass durch ihre Fraktion die Drucksache 1138/23 (Tagesordnungspunkt 6.18.1) zurückgezogen wurde.

Direkt vor der ersten Pause sollten die Wahlgänge durchgeführt werden. Dies betraf die Tagesordnungspunkte:

TOP 5.6 - Drucksache 1143/23

Wahl eines Stellvertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Jugendhilfeausschuss

TOP 6.40 – Drucksache 1026/23

Wahl der Vertrauenspersonen des Wahlausschusses beim Amtsgericht

Weiterhin teilte der Stadtratsvorsitzende mit, dass die folgenden Tagesordnungspunkte gemeinsam aufgerufen und getrennt voneinander abgestimmt werden sollen:

TOP 6.35 - Drucksache 0839/23

Bundesgartenschau 2037 - 2041

TOP 6.36 – Drucksache 0840/23

»Gartenfestival« auf dem Petersberg

Der Stadtratsvorsitzende gab darüber hinaus bekannt, dass aufgrund einstimmiger Vorberatungsergebnisse bzw. aufgrund der entsprechenden Vereinbarung im Hauptausschuss folgende Drucksachen ohne Redebedarf sofort abstimmen zu lassen:

TOP 5.1 - Drucksache 1029/23

Verfahren Sozialticket

TOP 5.2 – Drucksache 1058/23

Neubesetzung sachkundiger Bürger Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

TOP 5.3 – Drucksache 1077/23

1. über-/ außerplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 58 Abs. 1 ThürKO im Jahr 2023

TOP 5.4 – Drucksache 1094/23

Abberufung und Entsendung eines Mitglieds für den Aufsichtsrat der SWE UmweltService GmbH

TOP 5.5 – Drucksache 1109/23

Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktion DIE LINKE.

TOP 5.7- Drucksache 1146/46

Abberufung sachkundiger Bürger der Fraktion CDU

TOP 6.2 - Drucksache 0137/22

Feststellung des Jahresabschlusses 2021 des Eigenbetriebes Thüringer Zoopark Erfurt

TOP 6.5 - Drucksache 1866/22

4. Änderungssatzung der Eigenbetriebsatzung des Eigenbetriebes Multifunktionsarena Erfurt

TOP 6.8 - Drucksache 0161/23

Feststellung des Jahresabschlusses 2022 der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega)

TOP 6.9 - Drucksache 0162/23

Feststellung des Jahresabschlusses 2022 der KoWo Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt

TOP 6.12 - Drucksache 0383/23

Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV746 »Neue Gartenstadt Röderweg« - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung Vorentwurf und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

TOP 6.13 - Drucksache 0401/23

VS030 - Satzungsbeschluss über die Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes BIN031 »Büro- u. Gewerbepark« - 1. Änderung

TOP 6.14 - Drucksache 0431/23

Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT711 »Willy-Brandt-Höfe« - Abwägungs- und Satzungsbeschluss

TOP 6.20 - Drucksache 0737/23

Regelleistungsentgelte Kommunales Jugendhilfezentrum »ASTER«

TOP 6.21 – Drucksache 0759/23

Feststellung der Jahresrechnung 2021

TOP 6.22 – Drucksache 0760/23

Entlastungsbeschluss für das Haushaltsjahr 2021

TOP 6.39 – Drucksache 0966/23

Neubesetzung Verbandsrat in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Mittelthüringen

TOP 6.41 – Drucksache 1028/23

Änderung und Ergänzung der Geschäftsordnung

Eine Pause sollte je nach Ablauf der Sitzung zwischen 18.30 Uhr und 19.00 Uhr nach der Durchführung der Wahlen (Tagesordnungspunkte 5.6 und 6.40) eingeordnet werden, schlug Herr Panse vor. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Der Stadtratsvorsitzende erkundigte sich, ob es weitere Anträge zu Änderung der Tagesordnung gäbe. Folgende Personen meldeten sich zu Wort.

Herr Dr. Warweg (Fraktion SPD) teilte als Vertreter der einreichenden Fraktion die Vertagung der folgenden Tagesordnungspunkte mit:

TOP 6.29 – Drucksache 0828/23

Baurecht in den Ortsteilen

TOP 6.30 – Drucksache 0829/23

Bauflächen in den dörflichen Ortsteilen

Der Ortsteilbürgermeister von Kerspleben, Herr Henkel, bat darum den Tagesordnungspunkt 6.32 (Drucksache 0832/23) vorzuziehen und nach den dringlichen Entscheidungsvorlagen zu behandeln. Hiergegen erhob sich seitens der Stadtratsmitglieder kein Widerspruch.

Zudem wurde durch Herrn Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, mitgeteilt, dass die Drucksache 0530/23 (Tagesordnungspunkt 5.17) zurückgezogen sei.

Weitere Anträge und Wortmeldungen zur Änderung der Tagesordnung gab es auf Nachfrage des Stadtratsvorsitzenden nicht.

Hierauf stellte der Stadtratsvorsitzende die Tagesordnung in geänderter Form zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja – Stimmen	44
Nein – Stimmen	0
Enthaltungen	0

3. Genehmigung von Niederschriften

3.1. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 08.03.2023

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 08.03.2023 wurde wie folgt

genehmigt

Ja 43 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

3.2. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.04.2023

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.04.2023 wurde wie folgt

genehmigt

Ja 43 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4. Aktuelle Stunde

Es lag kein Antrag vor.

5. Behandlung dringlicher Entscheidungsvorlagen

5.1. Verfahren Sozialticket Einr.: Oberbürgermeister

1029/23

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 11.05.2023 bestätigt wurde (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen

Ja 36 Nein 0 Enthaltung 8 Befangen 0

Beschluss

01

Zur Weiterführung des Sozialtickets ab 1. Mai 2023 wird das in Anlage 1¹ dargestellte Verfahren beschlossen.

02

Der Beschluss 0979/22 "Verfahren Sozialticket" wird ab 1. Mai 2023 aufgehoben.

5.2. Neubesetzung sachkundiger Bürger Fraktion Mehrwertstadt Erfurt 1058/23
Einr.: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 23.05.2023 über die Drucksache in der Fassung der Stellungnahme der Verwaltung abgestimmt hat (mit Änderungen bestätigt Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die einreichende Fraktion hat der Abstimmung in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung auch für die Stadtratssitzung zugestimmt.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

mit Änderungen beschlossen

Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Herr Olaf Seifferth wird als sachkundiger Bürger im Ausschuss Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr abberufen.

02

In den Ausschuss Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr wird für die Fraktion Mehrwertstadt Erfurt Herr Michael Ilsemann als sachkundiger Bürger berufen.

¹ Redaktioneller Hinweis:

Die Anlage 1 des Beschlusses ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

5.3. 1. über-/ außerplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 58 Abs. 1 ThürKO im Jahr 2023 1077/23
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 17.05.2023 die Drucksache bestätigt wurde (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen
Ja 38 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss

Die über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 58 Abs. 1 ThürKO gemäß Anlage 1² wird beschlossen.

5.4. Abberufung und Entsendung eines Mitglieds für den Aufsichtsrat der SWE UmweltService GmbH 1094/23
Einr.: Fraktion SPD

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 23.05.2023 über die Drucksache in der Fassung der Stellungnahme der Verwaltung abgestimmt hat (mit Änderungen bestätigt Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die einreichende Fraktion hat der Abstimmung in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung auch für die Stadtratssitzung zugestimmt.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

mit Änderungen beschlossen
Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

² redaktioneller Hinweis:

Die Anlage 1 des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Beschluss

01

Frau Katrin Gabor wird zum 30.06.2023 als Mitglied des Aufsichtsrates der SWE Umwelt-Service GmbH abberufen.

02

Herr Stefan Schade wird zum 01.07.2023 als Mitglied des Aufsichtsrates der SWE Umwelt-Service GmbH entsandt.

- 5.5. **Änderung der Ausschussbesetzung der Fraktion DIE LIN- 1109/23**
 KE.
 Einr.: Fraktion DIE LINKE

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 23.05.2023 die Drucksache bestätigt hat (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen

Ja 45 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Besetzung der Ausschüsse wird gemäß Anlage 1³ beschlossen.

- 5.6. **Wahl eines Stellvertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE 1143/23**
 GRÜNEN in den Jugendhilfeausschuss
 Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Siehe Tagesordnungspunkt 6.40.

gewählt

³ redaktioneller Hinweis:

Die Anlage 1 des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Beschluss

Als 2. stellvertretendes Mitglied für Herrn Nico Paul wird Herr Christoph Tanzberger in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder

des Erfurter Stadtrates: 51

davon anwesend: 47

abgegebene Stimmen: 45

erforderliche Mehrheit: 24

Stimmen für Herrn Christoph Tanzberger 37

ungültige Stimmen: 8

5.7. Abberufung sachkundiger Bürger der Fraktion CDU 1146/23
Einr.: Fraktion CDU

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 23.05.2023 die Drucksache bestätigt hat (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

Danach wurde der Tagesordnungspunkt 6.32 aufgerufen.

beschlossen

Ja 41 Nein 3 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

Herr Uwe Richter wird als sachkundiger Bürger im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt abberufen.

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

6.1. Bestätigung des Integrierten städtebaulichen Rahmenkonzeptes Äußere Oststadt - Fortschreibung 2022 Einr.: Oberbürgermeister 0045/22

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem Tagesordnungspunkt 6.18 aufgerufen.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte zunächst wie folgt:

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 25.04.2023 wurde die Ursprungsdrucksache bestätigt (Ja 11 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0).

Es lagen folgende Anträge der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt vor.

Drucksache 1120/23

Dieser sah eine Änderung der Anlage 1 (Rahmenkonzept Äußere Oststadt) der Drucksache 0045/22 auf Seite 41, Punkt 4.2.1 Quartier Schlachthof vor.

Drucksache 1121/23

Dieser ergänzte die Anlage 1 (Rahmenkonzept Äußere Oststadt) der Drucksache 0045/22 auf Seite 21, Punkt 3.3.8 "Arbeit und Wirtschaft".

Drucksache 1122/23

Dieser sah eine Änderung Anlage 1 (Rahmenkonzept Äußere Oststadt) der Drucksache 0045/22 auf Seite 47, zweiter Absatz, Punkt 4.2.2 vor.

Die Stellungnahmen der Verwaltung lagen allen Stadtratsmitgliedern vor.

Weiterhin informierte Herr Panse, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 23.05.2023 nach § 4 Abs. 4 GeschO entschieden hatte, trotz fehlender Vorberatung der Anträge der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt (Drucksachen 1120/23; 1121/23 u. 1122/23), die Angelegenheit zur Entscheidung im Stadtrat zuzulassen.

Der Stadtratsvorsitzende eröffnete die Beratung.

Herr Perdelwitz (Fraktion Mehrwertstadt Erfurt) warb für die Anträge seiner Fraktion und führte zu ihren Inhalten aus.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, wurde die Beratung durch den Stadtratsvorsitzenden geschlossen und zunächst die Anträge der Fraktion Mehrwertstadt in der folgenden Reihenfolge zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis Drucksache 1120/23

abgelehnt

Ja 15 Nein 19 Enthaltung 7 Befangen

Abstimmungsergebnis Drucksache 1121/23

abgelehnt

Ja 15 Nein 19 Enthaltung 7 Befangen 0

Abstimmungsergebnis Drucksache 1122/23

abgelehnt

Ja 4 Nein 25 Enthaltung 12 Befangen 0

Danach stellte Herr Panse die Ursprungsdrucksache mit folgendem Ergebnis zur Abstimmung.

beschlossen

Ja 35 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

Beschluss

Das "Integrierte städtebauliche Rahmenkonzept Äußere Oststadt – Fortschreibung 2022" (Anlagen 1-2⁴) wird als Sanierungsziel für das Sanierungsgebiet KRV421 "Äußere Oststadt" gemäß §140 Nr.3 BauGB beschlossen.

- 6.1.1. Antrag der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 1120/23
0045/22 - Bestätigung des Integrierten städtebaulichen
Rahmenkonzeptes Äußere Oststadt - Fortschreibung
2022

abgelehnt

Ja 15 Nein 19 Enthaltung 7 Befangen 0

⁴ redaktioneller Hinweis

Die Anlagen 1-2 des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlage 4 und 5 beigefügt.

- 6.1.2. Antrag der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 1121/23
0045/22 - Bestätigung des Integrierten städtebaulichen
Rahmenkonzeptes Äußere Oststadt - Fortschreibung
2022

abgelehnt

Ja 15 Nein 19 Enthaltung 7 Befangen 0

- 6.1.3. Antrag der Fraktion Mehrwertstadt Erfurt zur Drucksache 1122/23
0045/22 - Bestätigung des Integrierten städtebaulichen
Rahmenkonzeptes Äußere Oststadt - Fortschreibung
2022

abgelehnt

Ja 4 Nein 25 Enthaltung 12 Befangen 0

- 6.2. Feststellung des Jahresabschlusses 2021 des Eigenbe- 0137/22
triebes Thüringer Zoopark Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache im Werkausschuss Thüringer Zoopark Erfurt am 03.05.2023 bestätigt wurde (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen

Ja 34 Nein 0 Enthaltung 8 Befangen 0

Beschluss

01

Der Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Thüringer Zoopark Erfurt mit einer Bilanzsumme von 18.626.978,43 EUR und einem Jahresgewinn von 393.227,65 EUR wird festgestellt.

02

Der Jahresgewinn von 393.227,65 EUR wird in die Allgemeinen Rücklagen eingestellt.

03

Der Werkleiterin Frau Dr. Dr. Sabine Merz wird für das Wirtschaftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

Der Werkleiterin Frau Katrin Gallion wird für das Wirtschaftsjahr 2021 Entlastung erteilt.
Dem Oberbürgermeister wird für das Wirtschaftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

04

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2022 einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Werkleitung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz sowie des Lageberichtes 2022 wird die MSC Schwarzer Albus GmbH, Erfurt bestellt. Der Prüfungsbericht ist der Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

- 6.3. Entwurf für eine Satzung der Stadt Erfurt über die Zulässigkeit und Gestaltung von Werbeanlagen in der Altstadt von Erfurt (Werbesatzung) 0788/22
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte zunächst über die Vorberatungsergebnisse.

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 25.04.2023 wurde die Drucksache mit Änderungen bestätigt.

Die Änderungen entsprechen dem nachträglich in Drucksache 0955/23 eingereichten und nun vorliegenden Antrag der Fraktionen CDU, SPD; DIE LINKE; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN. Die Abstimmung über die Beschlusspunkte erfolgte im Ausschuss in Einzelabstimmung.

BP 01 (DS 0955/23)	bestätigt mit Änderungen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0
BP 02 (DS 0955/23)	bestätigt mit Änderungen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0
BP 03 (DS 0788/22)	Bestätigt Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zum Antrag in Drucksache 0955/23 lag ein weiterer Antrag der Fraktion CDU in Drucksache 1061/23 vor. Dieser sah eine Ergänzung im Katalog anzuhörender Fachverbände im Beschlusspunkt 02 der Drucksache vor.

Eine Ergänzung des Katalogs anzuhörender Fachverbände wird ebenfalls durch den in Drucksache 1062/23 vorliegenden Antrag der Fraktion SPD zur Entscheidungsvorlage erstrebt.

Des Weiteren lag ein Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 1063/23 vor. Dieser intendiert inhaltliche Änderungen in der Anlage 1 der Entscheidungsvorlage.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag allen Stadtratsmitgliedern vor.

Die Verwaltung teilt in ihren Stellungnahmen mit, die von den Einreichern der Anträge vorgeschlagene Erweiterung der Beteiligungen in die unter Punkt 02 aufgeführte Auflistung zu übernehmen. Somit sei nur noch eine Abstimmung über den Antrag mehrerer Fraktionen in Drucksache 0955/23 in Bezug auf die Änderungen im BP 01 und 03 (NEU) sowie den Antrag der Fraktion AfD in Drucksache 1063/23 erforderlich.

Abschließend teilte der Stadtratsvorsitzende mit, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 23.05.2023 nach § 4 Abs. 4 GeschO entschieden habe, trotz fehlender Vorberatung der Anträge der Fraktionen CDU (Drucksache 1061/23), SPD (Drucksache 1062/23) und AfD (Drucksache 1063/23), die Angelegenheit zur Entscheidung im Stadtrat zuzulassen. Herr Panse eröffnete die Beratung.

Herr Kordon (Fraktion CDU) kritisierte, dass durch die Verwaltung nicht zuvor bereits eine Synopse erstellt wurde und er kritisierte zudem, dass man noch nicht mit den betroffenen Händlern und Firmen ins Gespräch gegangen sei.

Die historische Altstadt sei auf der einen Seite schützenswert, andererseits müsse diese auch mit Leben gefüllt werden.

Weitere Wortmeldungen gab es durch Herrn Warnecke (Fraktion SPD) und Herrn Schlösser (Fraktion AfD).

Abschließend stellte der Beigeordnete für Kultur und Stadtentwicklung, Herr Dr. Knoblich, klar, dass man mit solchen Reglementierungsinstrumenten, wie einer Werbesatzung, immer auf Kritik stoßen wird. Er betonte, dass ohne eine solche Satzung die Stadt Erfurt ein gänzlich anderes Erscheinungsbild haben würde.

Die Verwaltung stünde dem Wunsch nach Einbeziehung der Händler und der weiteren Interessenvertretungen konstruktiv entgegen und man freue sich auf die Anhörung dieser.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, daher stellte der Stadtratsvorsitzende die Drucksachen in der folgenden Reihenfolge zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis Drucksache 0955/23

Ja – Stimmen	45
Nein – Stimmen	0
Enthaltung	1
Befangen	0

Der Stadtratsvorsitzende stellte die Annahme des Antrages fest.

Abstimmungsergebnis Drucksache 1063/23

Ja – Stimmen	7
Nein – Stimmen	39
Enthaltung	0
Befangen	0

Damit sei die Drucksache abgelehnt, so Herrn Panse.

Danach stellte er die Ursprungdrucksache 0788/22 in Fassung des Antrages der CDU (1061/23), des Antrages der SPD (1062/23) und dem Beschlusspunkt 02 aus dem Antrag mehrerer Fraktionen (Drucksache 0955/23) zur Abstimmung.

mit Änderungen beschlossen

Ja 45 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

01

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Synopse zur alten Werbesatzung und vorliegendem Entwurf zu erstellen.

02

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Entwurf der Werbesatzung folgenden Fachverbänden und Vereinen zur Stellungnahme vorzulegen:

- DEHOGA e.V.
- City-Management e.V.
- Industrie- und Handelskammer (IHK) Erfurt
- IG Lange Brücke
- Architektenkammer Erfurt
- Handwerkskammer Erfurt
- Rechtsanwaltskammer Thüringen
- Landesärztekammer Thüringen
- Kassenärztliche Vereinigung Thüringen
- Thüringer Apothekerverband
- Landeszahnärztekammer Thüringen
- Steuerberaterkammer Thüringen
- Handelsverband Thüringen e.V.

03

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Entwurf "Satzung der Stadt Erfurt über die Zulässigkeit und Gestaltung von Werbeanlagen und Warenautomaten (Werbesatzung)" dem Gestaltungsbeirat der Stadt Erfurt zur Bewertung vorzulegen.

6.3.1. Antrag der Fraktionen CDU; SPD; DIE LINKE.; BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur
Drucksache 0788/23 - Entwurf für eine Satzung der Stadt
Erfurt über die Zulässigkeit & Gestaltung von Werbean-
lagen und Warenautomaten in der Altstadt 0955/23

bestätigt

Ja 45 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

6.3.1.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0955/23 - Antrag
der Fraktionen CDU; SPD; DIE LINKE.; BÜNDNIS 90/ DIE
GRÜNEN und FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur Drucksache
0788/23 - Entwurf für eine Satzung der Stadt Erfurt
über die Zulässigkeit & Gestaltung 1061/23

bestätigt

6.3.2. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0788/22 - Ent-
wurf für eine Satzung der Stadt Erfurt über die Zulässig-
keit und Gestaltung von Werbeanlagen und Warenauto-
maten in der Altstadt von Erfurt (Werbesatzung) 1062/23

bestätigt

6.3.3. Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 0788/22 - Ent-
wurf für eine Satzung der Stadt Erfurt über die Zulässig-
keit und Gestaltung von Werbeanlagen und Warenauto-
maten in der Altstadt von Erfurt (Werbesatzung) 1063/23

abgelehnt

6.4. Neufassung "Satzung über die Verleihung des Kulturprei-
ses der Landeshauptstadt Erfurt"
Einr.: Oberbürgermeister 0856/22

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

vertagt

6.5. 4. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Multifunktionsarena Erfurt 1866/22
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache im Werkausschuss Multifunktionsarena Erfurt am 18.01.2023 bestätigt wurde (Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen

Ja 47 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die 4. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Multifunktionsarena Erfurt gemäß Anlage 1⁵ wird beschlossen.

6.6. Beanstandung des Beschlusses zur Drucksache 1791/20 - 2201/22
Carsharing in die Sondernutzungsgebührensatzung aufnehmen - Aufhebung
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass der Hauptausschuss am 23.05.2023 die Drucksache bestätigt hat (Ja 4 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0).

Er eröffnete die Beratung.

Der Wortbeitrag von Frau Wahl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wurde durch alle anwesenden zur Kenntnis genommen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, stellte Herr Panse die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen

Ja 30 Nein 0 Enthaltung 17 Befangen 0

⁵ redaktioneller Hinweis:

Die Anlage 1 des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

Beschluss

Der Beschluss des Stadtrates zur Drucksache 1791/20 wird aufgehoben.

- | | | |
|------|---|---------|
| 6.7. | Änderungssatzung zur Satzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister | 2227/22 |
|------|---|---------|

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

vertagt

- | | | |
|--------|--|---------|
| 6.7.1. | Antrag der Fraktion AfD zur Drucksache 2227/22 - Änderungssatzung zur Satzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates der Landeshauptstadt Erfurt | 0721/23 |
|--------|--|---------|

vertagt

- | | | |
|--------|--|---------|
| 6.7.2. | Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2227/22 - Änderungssatzung zur Satzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates der Landeshauptstadt Erfurt | 1044/23 |
|--------|--|---------|

vertagt

6.8. Feststellung des Jahresabschlusses 2022 der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega) 0161/23
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache im Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung am 03.05.2023 bestätigt wurde (Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen

Ja 44 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss

01

Der Jahresabschluss 2022 der Erfurter Garten- und Ausstellungs gemeinnützige GmbH (ega) mit einer Bilanzsumme von 47.407.428,03 EUR und einem Jahresfehlbetrag von 187.432,78 EUR wird festgestellt.

02

Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2022 in Höhe von 187.432,78 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

03

Der Geschäftsführerin, Frau Kathrin Weiß, wird für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt.

04

Der Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2022 entlastet.

6.9. Feststellung des Jahresabschlusses 2022 der KoWo 0162/23
Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache im Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung am 03.05.2023 bestätigt wurde (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen

Ja 47 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Der Jahresabschluss 2022 der KoWo - Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt mit einer Bilanzsumme von 314.226.842,83 EUR und einem Jahresüberschuss von 3.428.389,83 EUR wird festgestellt.

02

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2022 in Höhe von 3.428.389,83 EUR wird in Höhe von 1.200.000,00 EUR in die Tochtergesellschaft KoWo Bau & Service GmbH (KBS) zum Aufbau des Geschäftsbetriebes eingelegt und in Höhe von 2.228.389,83 EUR in die Anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

03

Der Geschäftsführer, Herr Alexander Hilge, wird für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2022 entlastet.

04

Der Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2022 entlastet.

05

Als Abschlussprüfer der KoWo - Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 einschließlich der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz und des Lageberichtes 2023 wird die MSC Schwarzer Albus GmbH bestellt. Der Prüfungsbericht ist der Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

- 6.10. 4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt - Sondernutzungsgebührensatzung 0172/23
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte über das Vorberatungsergebnis im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 25.04.2023 wie folgt:

Die Abstimmung erfolgte in der Fassung des in Drucksache 0923/23 vorliegenden Antrags der Fraktionen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN inkl. mündlich vorgetragener Änderungen und wurde mit diesen Änderungen bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0). Diese Änderungen entsprechen dem in Drucksache 1045/23 vorliegenden Antrag der Fraktion CDU. In diesem wird die Hinzusetzung eines neuen Beschlusspunktes 03 und eine redaktionelle Änderung im Punkt 4.2.1 der Anlage 1 der Drucksache, nämlich die Ersetzung des Wortes »Ottomotor« durch »Verbrennungsmotor« vorgesehen. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Stadtratsmitgliedern vor.

Der Stadtratsvorsitzende eröffnete die Beratung.

Frau Wahl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herr Kordon (Fraktion CDU) warben um Zustimmung ihrer Anträge. Frau Wahl hoffte auf breite Zustimmung und Herr Kordon berichtete zudem über die gute und zielführende Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, wurde die Beratung durch den Stadtratsvorsitzenden geschlossen und die Abstimmung erfolgte.

Zunächst ließ Herr Panse über den Antrag der Fraktionen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0923/23) in der Fassung des Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 1045/23) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja – Stimmen	38
Nein – Stimmen	7
Enthaltungen	0
Befangen	0

Danach wurde die Ursprungsdrucksache abgestimmt.

mit Änderungen beschlossen

Ja 40 Nein 2 Enthaltung 5 Befangen 0

Beschluss

01

Die 4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Erfurt (Sondernutzungsgebührensatzung) gemäß Anlage 1⁶ wird beschlossen.

02

Die Stadtverwaltung führt in Abstimmung mit dem Erlaubnisnehmer die Beschilderung der Stellplätze gemäß StvO (Zeichen 286, 314, 315) mit Zusatzzeichen "Carsharing" durch. Die Kosten sind nicht als sonstige Kosten nach § 9 dieser Satzung einzustufen.

03

Hinsichtlich der Gebührensätze der unter Punkt 4.1 und 4.3.2 der Anlage 1 genannten Benutzungsarten, erfolgt eine Evaluation nach fünf Jahren.

⁶ redaktioneller Hinweis:

Die Anlage 1 des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 7 beigelegt.

- 6.10.1. Antrag der Fraktion CDU und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0172/23 - 4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt - Sondernutzungsgebührensatz 0923/23

bestätigt mit Änderungen

- 6.10.1.1. Antrag der Fraktion CDU zum Änderungsantrag Drucksache 0923/23 - 4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen im Gebiet der Landeshauptstadt Erfurt - Sondernutzungsgebührensatz 1045/23

bestätigt

Ja 38 Nein 7 Enthaltung 2 Befangen 0

- 6.11. Erleichterung von Solaranlagen in der Altstadt 0230/23
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

zurückgezogen

- 6.12. Vorhabenbezogener Bebauungsplan BRV746 "Neue Gartenstadt Röderweg" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung Vorentwurf und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung 0383/23
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 25.04.2023 bestätigt wurde (Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen

Ja 46 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Dem Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens nach § 12 Abs. 2 BauGB vom 26.01.2023 für das Vorhaben "Neue Gartenstadt Röderweg" wird gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 BauGB nach pflichtgemäßem Ermessen zugestimmt. Das Bebauungsplanverfahren soll eingeleitet werden.

02

Für den Bereich zwischen der ehemaligen Bahntrasse Erfurt-West, dem Röderweg und dem Langen Graben soll gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB der vorhabenbezogene Bebauungsplan BRV746 „Neue Gartenstadt Röderweg“ aufgestellt werden. Der Geltungsbereich umfasst die Grundstücke 5/17, 5/18, 5/19, 5/41, 5/37 und 6/39 (tw.) in der Flur 6, Gemarkung Erfurt-Süd sowie die Grundstücke 290/102, 54/3 (tw.) und 423/102 (tw.) in der Flur 3, Gemarkung Erfurt-Süd.

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für ein gemeinschaftliches, ökologisch nachhaltiges und klimagerechtes Wohnquartier
- Effizientes Flächenmanagement und standardisierte Bauweise für bezahlbares Wohneigentum im Reihenhaussegment
- Kompensation der Eingriffe durch ein ökologisch-nachhaltiges Flächen- und Wasserbewirtschaftungskonzept, welches u.a. eine klimaoptimierte Bebauung, dezentrale Regenwasserbewirtschaftung, den Einsatz erneuerbarer Energien sowie die naturräumliche Vernetzung mit dem Bereich des alten Bahndamms beinhaltet.

03

Das Vorhabenkonzept in seiner Fassung vom 25.01.2023 (Anlage 2⁷) und die Vorhabenbeschreibung (Anlage 3⁸) werden als Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und dessen Begründung gebilligt.

04

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wird durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes BRV746 "Neue Gartenstadt Röderweg" und dessen Begründung durchgeführt.

Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

redaktionelle Hinweise:

⁷ Die Anlage 2 des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 8 beigelegt.

⁸ Die Anlage 3 des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 9 beigelegt.

**6.13. VS030 - Satzungsbeschluss über die Veränderungssperre 0401/23
für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes BIN031
"Büro- u. Gewerbepark" - 1. Änderung
Einr.: Oberbürgermeister**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache im Ortsteilrat Bindersleben am 20.04.2023 bestätigt wurde (Ja 4 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 25.04.2023 ebenfalls bestätigt wurde (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen

Ja 41 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

Beschluss

Auf Grund von § 14 Abs. 1, § 16 Abs. 1 i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 1, 2 und 3 Baugesetzbuch (BauGB) und §§ 19 Abs. 1 Satz 1, 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses jeweils gültigen Fassung, wird die Satzung über die Anordnung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes BIN031 „Büro- u. Gewerbepark“ - VS030 beschlossen. Der beiliegende Satzungstext über die Veränderungssperre und der Lageplan im Maßstab 1:2000 (Anlage 3⁹) sind Bestandteil des Beschlusses.

02

Die Satzung über die Veränderungssperre ist im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen.

**6.14. Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT711 "Willy- 0431/23
Brandt-Höfe"- Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister**

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 25.04.2023 bestätigt wurde (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

redaktioneller Hinweis:

⁹ Die Anlage 3 des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 10 beigelegt.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen

Ja 41 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

Beschluss

01

Die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird beschlossen. Das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 5¹⁰) ist Bestandteil des Beschlusses.

02

Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 88 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und § 19 Abs. 1 Satz 1, § 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO), wird der vorhabenbezogene Bebauungsplan der Innenentwicklung, gemäß § 13a BauGB, ALT711 "Willy-Brandt-Höfe", bestehend aus der Planzeichnung (Anlage 2¹¹ M 1: 500) mit den textlichen Festsetzungen in seiner Fassung vom 16.01.2023 und dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 3¹²), als Satzung beschlossen.

6.15. Erfurt nachhaltig entwickeln - BUGA 2035 0517/23
Einr.: Fraktion CDU; Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

zurückgezogen

6.15.1. Antrag der Fraktionen CDU; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur 0785/23
Drucksache 0517/23 - Erfurt nachhaltig entwickeln -
BUGA 2035

zurückgezogen

redaktionelle Hinweise:

¹⁰ Die Anlage 5 des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 11 beigelegt.

¹¹ Die Anlage 2 des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 12 beigelegt.

¹² Die Anlage 3 des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlagen 13 a und 13 b beigelegt.

**6.16. Schaffung von Räumen für Radweg und Gastrofreiflächen 0520/23
in der Eichenstraße
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Fraktion Mehr-
wertstadt Erfurt**

Durch den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Panse, wurde zunächst das Vorberatungsergebnis des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr, welcher die Drucksache abgelehnt hatte (Ja 4 Nein 6 Enthaltung 2 Befangen 0), bekannt gegeben.

Danach eröffnete er die Beratung und erteilte Frau Wahl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) das Wort.

Mit dem Bau des Ensembles am Löbertor würde sich die Chance bieten, den Bereich für alle Betreiber der ansässigen Cafés und Läden schöner zu gestalten. Der Platz werde auch durch die Hauptradroute von Norden nach Süden durchquert. Man sollte versuchen den Platz auch für eine gute durchgängige Radroute zu nutzen. Auch eine Neusortierung der Eichenstraße sollte man in Betracht ziehen und zudem überlegen, wie die Aufenthaltsqualität im Freien am Hirschgarten verbessert werden könnte. Sie warb um Zustimmung.

Herr Dr. Warweg (Fraktion SPD), begründete, weshalb seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde.

Das Ansinnen bzw. das Ziel, einen möglichst konfliktfreien Bereich für alle Beteiligten (Laden- und Café-Besitzer, Radfahrer, Fußgänger) werde sicher von vielen geteilt, jedoch sollte man, wie es auch die Verwaltung in ihrer Stellungnahme und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr erörtert hatte, abwarten, wie sich der Rad- und Fußgängerverkehr entwickeln bzw. sortieren wird, wenn das geplante Gebäude errichtet wurde. Mit einem zu frühen regulierenden Eingreifen, würde man gegebenenfalls nicht das Erreichen, was man eigentlich wollte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Der Stadtratsvorsitzende schloss die Beratung und stellte die Drucksache mit folgendem Ergebnis zur Abstimmung.

abgelehnt

Ja 11 Nein 33 Enthaltung 3 Befangen 0

Nach diesem Tagesordnungspunkt wurde die Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt 6.19 fortgesetzt.

- 6.16.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.04.2023 - TOP 5.23 Schaffung von Räumen für Radweg und Gastrefreiflächen in der Eichenstraße (DS 0520/23) - hier: Rückfrage Städtebaufördermittel
BE: Beigeordneter für Kultur und Stadtentwicklung 0912/23

zur Kenntnis genommen

- 6.17. Sicherheitstechnik Lowetscher Straße 42c 0530/23
Einr.: Fraktion CDU; Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

zurückgezogen

- 6.18. Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen 0680/23
Einr.: Oberbürgermeister

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem Tagesordnungspunkt 6.32 aufgerufen. Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass durch den Hauptausschuss in der Sitzung am 23.05.2023 zur Drucksache 0680/23 kein Votum abgegeben wurde. Des Weiteren wies er darauf hin, dass der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 1138/23) bereits unter dem Tagesordnungspunkt 2 zurückgezogen wurde.

Danach führte er zum vorgesehenen Verfahren wie folgt aus:

Durch den Hauptausschuss wurde dem Stadtrat das folgende Verfahren zur Durchführung des Abstimmungsmodus zum Tagesordnungspunkt 6.18 - Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen empfohlen:

Zu Beginn der Abstimmung, wurde durch den Stadtratsvorsitzenden nachgefragt, ob zu einzelnen vorgeschlagenen Personen der Vorschlagsliste eine Einzelabstimmung gewünscht sei bzw. benennt die Personen, bei denen vorab von Seiten der Fraktionen oder einzelner Stadtratsmitglieder der Wunsch nach einer Einzelabstimmung angezeigt wurde. Sodann werden die Namen der benannten zur Einzelabstimmung vorgeschlagenen Personen separat aufgerufen und über die Aufnahme in die Vorschlagsliste abgestimmt.

Im Übrigen erfolgt für die restlichen vorgeschlagenen Personen eine Blockabstimmung.

Herr Panse fragte die Stadtratsmitglieder, ob es weitere Fragen zum Verfahren gäbe. Dies war nicht der Fall. Daher ließ er über das so vorgeschlagene Verfahren abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja - Stimmen	46
Nein - Stimmen	0
Enthaltung	0
Befangen	0

Danach führte er weiter aus.

Die für die Abstimmung notwendige Mehrheit sei erreicht, wenn 2/3 der anwesenden Stadtratsmitglieder für die Aufnahme des Bewerbers stimmen würden, wobei jedoch zugleich mindestens die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Stadtrates (26) für den Bewerber stimmen muss.

Er stellte 45 anwesende Stadtratsmitglieder fest; die erforderliche Mehrheit betrug demnach 30 Mitglieder des Stadtrates.

Er wies außerdem darauf hin, dass die Internetübertragung während der Abstimmung ausgeschaltet wird. Von den Fraktionen wurden vor Beginn der Sitzung folgende Vorgeschlagene benannt, bei denen eine Einzelabstimmung gewünscht wird:

Seite:	lfd. Nr.:	Name, ggfls. Geburtsname	Vorname
22	384	Mierow	Elke
25	442	Pietsch	Stefan

Auf die Frage des Stadtratsvorsitzenden, ob weitere Personen benannt werden, bei denen eine Einzelabstimmung gewünscht wird, erfolgte keine Wortmeldung.

Durch den Stadtratsvorsitzenden wurden die beiden benannten Personen zur Abstimmung einzeln aufgerufen.

1. Frau Elke Mierow

Abstimmungsergebnis:

Ja - Stimmen	11
Nein - Stimmen	23
Enthaltung	5

Die erforderliche Mehrheit wurde somit nicht erreicht.

2. Herr Stefan Pietsch

Abstimmungsergebnis:

Ja - Stimmen	16
Nein - Stimmen	20
Enthaltung	8

Die erforderliche Mehrheit wurde nicht erreicht.

Danach erfolgte die Blockabstimmung über die restlichen Personen mit folgendem Ergebnis:

Abstimmungsergebnis:

Ja - Stimmen	44
Nein - Stimmen	0
Enthaltung	1

beschlossen

Es wurde mit dem Tagesordnungspunkt 6.1 fortgefahren.

Beschluss

Die Aufnahme der in der Anlage 1¹³ bezeichneten Personen in die Vorschlagsliste der Stadt Erfurt für die Wahl der Schöffen, für die am 01.01.2024 beginnende Amtszeit, wird beschlossen.

6.18.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0680/23 - 1138/23
Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen

zurückgezogen

¹³ redaktioneller Hinweis:

Die Anlage 1 des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 14 beigelegt.

6.19. Willkommensgruß für Studenten und für neue Einwohner in den Ortsteilen 0719/23
Einr.: Fraktion CDU

Durch den Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Panse, wurde informiert, dass zur Drucksache 0719/23 ein Antrag der Fraktion CDU in der Drucksache 1141/23 vorliegt. Dieser ändert den Titel, ergänzt den Beschlusspunkt 01 und streicht den Beschlusspunkt 02.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag allen Stadtratsmitgliedern vor.

Weiterhin informierte er, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 23.05.2023 nach § 4 Abs. 4 der Geschäftsordnung entschieden habe, trotz fehlender Vorberatung des Antrages (Drucksache 1141/23), die Angelegenheit zur Entscheidung im Stadtrat zuzulassen.

Herr Panse eröffnete die Beratung und schloss diese sogleich, da es keine Wortmeldungen gab.

Sodann rief er die Entscheidungsvorlage (Drucksache 0719/23) in Fassung des Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 1141/23), mit folgendem Ergebnis, zur Abstimmung auf.

abgelehnt

Ja 9 Nein 31 Enthaltung 7 Befangen 0

6.19.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0719/23 - Willkommensgruß für Studenten und für neue Einwohner in den Ortsteilen 1141/23

abgelehnt

6.20. Regelleistungsentgelte Kommunales Jugendhilfezentrum "ASTER" 0737/23
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache durch den Jugendhilfeausschuss am 27.04.2023 betätigt wurde (Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen

Ja 47 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Mit Wirkung vom 01.06.2023 werden folgende Entgelte für das Kommunale Jugendhilfzentrum "ASTER" festgesetzt:

- | | |
|------------------------------------|----------------|
| • Heimerziehung, Hagebuttenweg 47a | 181,13 EUR/Tag |
| • Inobhutnahme, Hagebuttenweg 47a | 243,82 EUR/Tag |
| • Tagesgruppe, Hagebuttenweg 47a | 106,83 EUR/Tag |
| • Betreutes Wohnen | 88,18 EUR/Tag |

02

Der Stadtratsbeschluss 0381/20 vom 24.09.2020 wird mit Wirkung zum 31.05.2023 aufgehoben.

6.21. Feststellung der Jahresrechnung 2021
Einr.: Oberbürgermeister

0759/23

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache durch den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 17.05.2023 bestätigt wurde (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen

Ja 43 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss

Die Jahresrechnung 2021 wird auf Grundlage des Schlussberichts des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 80 Abs. 3 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) festgestellt.¹⁴

¹⁴ redaktioneller Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 15 und 16 beigelegt.

**6.22. Entlastungsbeschluss für das Haushaltsjahr 2021
Einr.: Oberbürgermeister**

0760/23

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 17.05.2023 bestätigt wurde (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 1).

Des Weiteren informierte er, dass der Oberbürgermeister, die Bürgermeisterin sowie die zu entlastenden hauptamtlichen Beigeordneten von der Beratung und Abstimmung über ihre eigene Entlastung nach § 80 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 38 Abs. 1 Satz 1 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) ausgeschlossen sind.

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen

Ja 35 Nein 0 Enthaltung 11 Befangen 1

Beschluss

Der Oberbürgermeister, die Bürgermeisterin sowie alle im Haushaltsjahr 2021 amtierenden hauptamtlichen Beigeordneten werden gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 ThürKO auf Grundlage des Schlussberichts entlastet.

**6.23. Verlängerung der Richtlinie zur Härtefallregelung bei der
grundstücksbezogenen Abwasserentsorgung
Einr.: Fraktion CDU**

0772/23

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte wie folgt:

Der Werkausschuss Entwässerungsbetrieb hat die Drucksache in seiner Sitzung am 03.05.2023 bestätigt mit Änderungen (Ja 3 Nein 2 Enthaltung 7 Befangen 0).

Die Änderungen entsprechen dem in Drucksache 1027/23 vorliegenden Antrag der Fraktion CDU. Dieser sieht eine Änderung im Beschlusspunkt 02, nämlich die Ersetzung der Summenangabe »300,00 Euro« durch »200 EUR« vor.

Danach eröffnete er die Beratung.

Herr Waßmann (Fraktion CDU) warb um Zustimmung. Mit dem Beschluss sollte vielen verunsicherten Bürgerinnen und Bürgern die Unsicherheit genommen werden, zumal mit einer Steigerung der Abwassergebühren in der neuen Kalkulationsperiode gerechnet werden müsse.

Grundsätzlich befürwortete Herr Frenzel (Fraktion SPD) das Ansinnen der Fraktion CDU, jedoch sah er die Dringlichkeit in der Sache nicht, da die aktuelle Richtlinie noch bis zum 31.12.2023 gelte und durch die Verwaltung schon angekündigt wurde, die neue Abwassergebührenkalkulation einschließlich der Entwässerungsgebührensatzung in einer entsprechenden Drucksache im Herbst vorlegen werde. Erst dann könne man valide entscheiden, welche Höhe die Kappungsgrenze in der Härtefallrichtlinie haben müsse.

Frau Stange (Fraktion DIE LINKE.) stimmte Herrn Frenzel zu. Keiner möchte die Bürgerinnen und Bürger unnötig finanziell belasten, jedoch sollte man abwarten, bis die Kalkulation aus der Verwaltung vorliege. Sie beantragte eine Vertagung der Drucksache und zugleich die Zurückverweisung in den Werkausschuss Entwässerungsbetrieb Erfurt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Der Stadtratsvorsitzende stellte daher zunächst den Antrag auf Vertagung mit gleichzeitiger Verweisung zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Ja - Stimmen	17
Nein – Stimmen	23
Enthaltung	2
Befangen	0

Somit wurde der Antrag abgelehnt und der Stadtratsvorsitzende stellte die Drucksache in der Fassung des Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 1027/23) zur Abstimmung.

Nach der Abstimmung wurde sich darüber verständigt nun die zwei erforderlichen Wahlen (Tagesordnungspunkte 5.6 und 6.40) durchzuführen und danach eine Pause durchzuführen.

mit Änderungen beschlossen

Ja 23 Nein 16 Enthaltung 5 Befangen 0

Beschluss

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine dritte Änderung der Richtlinie zur Härtefallregelung bei der grundstücksbezogenen Abwasserentsorgung zum Schutz der Fließgewässer und des Grundwassers in der Landeshauptstadt Erfurt zu erarbeiten und dem Stadtrat vor dem 31.12.2023 zur Abstimmung vorzulegen.

02

Die dritte Änderung der Richtlinie behält die finanzielle Belastungsgrenze von 200,00 Euro pro Einwohner und Jahr in Ziffer 2 Absatz 2 bei.

03

Die dritte Änderung der Richtlinie ermöglicht zudem eine Bemessung der finanziellen Belastungsgrenze pro Haushalt und Jahr.

6.23.1. **Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0772/23 - Verlängerung der Richtlinie zur Härtefallregelung bei der grundstücksbezogenen Abwasserentsorgung** **1027/23**

bestätigt

6.24. **24-Stunden-Läden in Erfurt** **0774/23**
Einr.: Fraktion CDU

Der Tagesordnungspunkt wurde nach den durchgeführten Wahlen der Tagesordnungspunkte 5.6 und 6.40 aufgerufen.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 25.05.2023 abgelehnt wurde (Ja 2 Nein 7 Enthaltung 4 Befangen 0).

Danach eröffnete er die Beratung.

Herr Kordon (Fraktion CDU) führte zur Intention der Drucksache aus. In den Ortsteilen würden die Bürgerinnen und Bürger, vor allem die Älteren, eine solche Option gern wahrnehmen wollen. Auch die Fördermittelgeber würden auf kleinere Orte für solche 24-Stunden-Läden abzielen. Er warb um Zustimmung.

Frau Wahl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärte, weshalb ihre Fraktion der Drucksache nicht zustimmen werde. Außerdem gab sie zu Bedenken, ob sich überhaupt Interessenten zur Betreibung eines solchen 24-Stunden-Ladens finden würden.

Herr Präger (Fraktion Mehrwertstadt Erfurt) befürwortete die Drucksache.

Abschließend meldete sich der Beigeordnete für Kultur und Stadtentwicklung, Herr Dr. Knoblich zu Wort. Die Verwaltung sei zu diesem Thema nicht untätig gewesen und habe auch Erfahrungen mit dem insolventen Betreiber eines ähnlichen Marktes im Weimarer Land ausgetauscht. Sollte es konkrete Vorschläge bzw. entsprechende Interessenten geben, dann ist seitens der Verwaltung durchaus die Bereitschaft da, die Rahmenbedingungen zu prüfen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, stellte die Drucksache mit folgendem Ergebnis zur Abstimmung.

abgelehnt

Ja 13 Nein 26 Enthaltung 2 Befangen 0

6.25. Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung eines hälftigen Grundstücksanteils in Melchendorf 0778/23
Einr.: Oberbürgermeister

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte zunächst über die Vorberatungsergebnisse.

Die Drucksache wurde im Ortsteilrat Melchendorf am 03.05.2023 bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0) und im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 17.05.2023 ebenfalls bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Herr Panse eröffnete die Beratung. Da es keine Wortmeldungen gab, schloss er diese sogleich und stellte die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen

Ja 36 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss

Die Veräußerung des hälftigen Eigentumsanteils am Flurstück 67/18 in der Gemarkung Melchendorf, Flur 1, mit einer Fläche von insgesamt 518 m², mindestens zum Verkehrswert und nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung, wird beschlossen.

6.26. Fahrgastzählung Linien 2 und 4 0782/23
Einr.: Fraktion CDU

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

vertagt

6.27. Städtisches Konzept für die Durchführung Weltfriedentag 2023 0783/23
Einr.: Fraktion DIE LINKE

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

vertagt

6.29. Baurecht in den Ortsteilen 0828/23
Einr.: Fraktion SPD

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

vertagt

6.30. Bauflächen in den dörflichen Ortsteilen 0829/23
Einr.: Fraktion SPD

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

vertagt

6.31. Außengelände des Erweiterungsbaus Gem 7 Kerspleben 0831/23
Einr.: Ortsteilbürgermeister Kerspleben mit Töttleben

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

zurückgezogen

6.32. Wiederherstellung Friedhofseinfahrt mit Parkmöglich- 0832/23
keiten Töttleben
Einr.: Ortsteilbürgermeister Kerspleben mit Töttleben

Siehe Tagesordnungspunkt 2. Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem Tagesordnungspunkt 5.7 aufgerufen.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte zunächst über die Vorberatungsergebnisse wie folgt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr hat am 25.04.2023 die Drucksache bestätigt mit Änderungen (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0). Die Abstimmung erfolgte, auf Antrag eines Ausschussmitgliedes, in der Fassung der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung.

Die Fraktion SPD beantragte auch für die Stadtratssitzung die Abstimmung in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung.

Der Ortsteilbürgermeister von Kerspleben, Herr Henkel, führte zur Drucksache aus und warb um Zustimmung in der ursprünglichen Fassung der Drucksache.

Dem entgegnete Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, dass man am Antrag auf Abstimmung in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung festhalte.

Herr Hose (Vorsitzender der Fraktion CDU) beantragte die Aufnahme eines weiteren Beschlusspunktes wie folgt:

02 (neu)

Der Ortsteilbürgermeister und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr werden nach 6 Monaten über den aktuellen Sachstand informiert.

Seitens der Stadtratsmitglieder erhob sich gegen diesen Antrag kein Widerspruch.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, daher stellte der Stadtratsvorsitzende die Drucksache in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung und des zuvor genannten weiteren Beschlusspunkt zur Abstimmung.

mit Änderungen beschlossen

Ja 41 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss

01

Durch die Verwaltung wird die Ertüchtigung der Einfahrt des Friedhofes Töttleben geprüft. Parallel dazu erfolgt unter Voraussetzung zur Verfügung stehenden Ressourcen die Planung und Umsetzung einer Grünfläche einschließlich der erforderlichen Rückbaumaßnahmen für die Flächen des alten/abgerissenen Wohnhauses.

02

Der Ortsteilbürgermeister und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr werden nach 6 Monaten über den aktuellen Sachstand informiert.

Danach wurde der Tagesordnungspunkt 6.18 behandelt.

6.33. Zusätzliche Landesmittel für neue Straßenbahnlinie 9 0833/23
Einr.: Fraktion DIE LINKE

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

vertagt

6.34. Änderung der Geschäftsordnung "Öffentlichkeit vorbera- 0834/23
tender Ausschüsse"
Einr.: Fraktion DIE LINKE

Durch den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Panse, wurde wie folgt informiert:

Im Hauptausschuss am 09.05.2023 wurde die Drucksache bestätigt mit Änderungen (Ja 6 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0). Die Abstimmung erfolgte in der Fassung des Antrags der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 0984/23.

Des Weiteren lag ein Antrag der Fraktion SPD in Drucksache 1149/23 vor. Dieser ersetzt den Beschlussvorschlag. Die Stellungnahmen der Verwaltung lagen allen Stadtratsmitgliedern vor.

In seiner Sitzung am 23.05.2023 hatte der Hauptausschuss nach § 4 Abs. 4 GeschO entschieden, trotz fehlender Vorberatung des Antrages der Fraktion SPD (Drucksache 1149/23) die Angelegenheit zur Entscheidung im Stadtrat zuzulassen.

Der Stadtratsvorsitzende eröffnete die Beratung und erteilte zunächst Frau Maurer (Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.) das Wort.

Frau Maurer warb um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion und begründete dies u. a. damit, dass durch die jüngste Novelle der Thüringer Kommunalordnung die Ermächtigung geschaffen wurde, dass auch vorberatende Sitzungen der Ausschüsse öffentlich durchgeführt werden können. Von dieser Ermächtigung könne nun der Stadtrat mit dieser Drucksache Gebrauch machen. Die Öffentlichkeit aller Ausschusssitzungen sei ein Gebot der politischen Transparenz, von der sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch die Mitglieder des Stadtrates profitieren würden. Politische Entscheidungen würden dadurch mehr und mehr auf Verständnis in der Bevölkerung stoßen. Teilweise komplizierte Sachverhalte und die unterschiedlichen politischen Positionen werden so verständlicher. Für die politische Kultur und die Transparenz würde sich diese Entscheidung positiv auswirken.

Sie kritisierte den Antrag der SPD (Drucksache 1149/23), der ihrer Meinung nach eine reine Verzögerungstaktik darstellen würde und teilte mit, dass dieser durch ihre Fraktion keine Zustimmung finden wird.

Herr Mroß (Fraktion SPD) äußerte sich zunächst empört über die Art und Weise der Kritik von Frau Maurer am Antrag der SPD.

Danach führte er aus, dass innerhalb der Fraktion lange über das pro und contra der Öffentlichkeit von vorberatenden Ausschusssitzungen diskutiert wurde und dass viele positive Aspekte bereits durch Frau Maurer aufgeführt wurden, jedoch wies er auch auf die nachvollziehbaren negativen Argumente hin, weshalb manche Vorberatungen nichtöffentlich stattfinden und stattfinden sollten.

Hierzu zitierte er beispielhaft aus einer Stellungnahme, welche im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens im Thüringer Landtag eingereicht wurde.

Mit dem vorliegenden Antrag seiner Fraktion wolle man zunächst die Diskussion anstoßen. Man wolle auch keine Entscheidung für den zukünftigen Stadtrat treffen und verwies auf das baldige Ende der jetzigen Wahlperiode. Er warb um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Frau Rothe-Beinlich (Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) teilte mit, dass ihre Fraktion die Diskussion hierüber immer wieder angeregt hatte, jedoch immer mit der Maßgabe, dass ein Ausschuss jederzeit die Möglichkeit habe, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Daher habe sie auch keine Sorge, dass weiterhin Themen, welche zunächst intern abgewogen werden müssen, auch intern beraten werden können. Sie berichtete, wie dies in anderen Kommunen praktiziert wird und benannte als Beispiel die Stadt Ilmenau. Sie warb um Zustimmung des Antrages der Fraktion DIE LINKE.

Durch Herrn Dr. Warweg (Fraktion SPD) wurde über die erste Zeit nach der Wende informiert. Damals waren die meisten Ausschüsse öffentlich, jedoch gibt es seiner Ansicht nach, einen weiteren Aspekt, den es in den Neunzigern noch nicht gab.

Demnach gäbe es im Stadtrat heute eine "Zweiklassengesellschaft" von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Politikern. Diese Grenze zwischen hauptamtlich und ehrenamtlich entfacht hier die Diskussion.

Er selbst sei für so viel Öffentlichkeit wie möglich und so wenig Nichtöffentlichkeit wie nötig. Deshalb sprach er sich für klare Regeln aus. Er konnte sich nicht vorstellen, dass ein möglicher Investor eines bestimmten Bauvorhabens es befürworten würde, wenn seine Mitbewerber bzw. Konkurrenten bei der Vorstellung seines Vorhabens im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr mit im Raum sitzen würden.

Es könne nicht an der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder eines Ausschusses obliegen, wann eine Sache öffentlich oder nichtöffentlich behandelt werden soll.

Er betonte nochmals, dass es hierzu klare Regeln geben muss. Mit dem vorliegenden Antrag seiner Fraktion soll die Verwaltung aufgefordert werden, diese Regeln zu definieren und dem Stadtrat vorzulegen.

Nach der weiteren Diskussion, an der sich Frau Maurer, Herr Mroß, Herr Präger (Fraktion Mehrwertstadt Erfurt) und Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beteiligten und auf Rückfrage des Stadtratsvorsitzenden, es keine weiteren Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt gab, schloss Herr Panse die Beratung und sodann wurde über die vorliegenden Anträge abgestimmt.

Zunächst stellte der Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktion SPD (Drucksache 1149/23) mit folgendem Ergebnis zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Ja – Stimmen	13
Nein –Stimmen	31
Enthaltung	1
Befangen	0

Da der Antrag abgelehnt wurde, ließ er über die Drucksache in der Fassung des Antrages der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 0984/23) wie folgt abstimmen:

mit Änderungen beschlossen

Ja 24 Nein 19 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss

Die in der Anlage 1¹⁵ befindliche Änderung der Geschäftsordnung des Erfurter Stadtrates wird beschlossen.

Im Anschluss an die Abstimmung gab Herr Schade, Fraktion SPD, eine Erklärung zu seinem Abstimmverhalten wie folgt:

Es war ihm nicht möglich, für mehr Demokratie, gemeinsam mit der AfD zu stimmen.

**6.34.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Drucksache 0834/23 - 0984/23
Änderung der Geschäftsordnung "Öffentlichkeit vorbera-
tender Ausschüsse"**

bestätigt

**6.34.2. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0834/23 - Ände- 1149/23
rung der Geschäftsordnung "Öffentlichkeit vorberatender
Ausschüsse"**

abgelehnt Ja

13 Nein 31 Enthaltung 1 Befangen 0

¹⁵ redaktioneller Hinweis:

Die Anlage 1 des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 17 beigefügt.

6.35. Bundesgartenschau 2037 - 2041 0839/23
Einr.: Fraktion CDU;Fraktion SPD; Fraktion DIE LINKE;
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten; Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 6.36 behandelt.

Zunächst informierte der Stadtratsvorsitzende über die Vorberatungsergebnisse zu den Drucksachen 0839/23 und 0840/23 wie folgt:

Vorberatungsergebnis Drucksache 0839/23:

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 25.04.2023 wurde die Drucksache bestätigt mit Änderungen (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0). Die Abstimmung erfolgte in der Fassung der allen Stadtratsmitgliedern vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung. Auch für die Stadtratssitzung hatten die Einreicher die Zustimmung zur Abstimmung in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung erteilt.

Vorberatungsergebnis Drucksache 0840/23:

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 25.04.2023 wurde die Drucksache bestätigt mit Änderungen (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0). Die Abstimmung über den Beschlusspunkt 03 erfolgte in der Fassung der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung. Über die Beschlusspunkte 01, 02 und 04 wurde in der Ursprungsfassung abgestimmt.

Zur Stadtratssitzung lag die Zustimmung der einreichenden Fraktionen auf Abstimmung entsprechend dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vor.

Der Stadtratsvorsitzende rief die Tagesordnungspunkte 6.35 und 6.36 zur gemeinsamen Beratung auf, eröffnete diese und erteilte zunächst Herrn Maicher (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) das Wort.

Herr Maicher bedankte sich zunächst bei den Fraktionen CDU und Mehrwertstadt Erfurt. Durch die konstruktive Zusammenarbeit seien die vorliegenden Anträge entstanden und alle gemeinsamen Ideen seien eingeflossen. Wichtige Aspekte seien die nachhaltige Stadtentwicklung, die Einbeziehung von Verbänden für Natur- und Klimaschutz, gerade im Hinblick auf eine weitere BUGA aber auch bei einem möglichen Gartenfestival. Die vorliegenden Anträge stellen eine sehr gute Grundlage dar damit ein Konzept erstellt werden kann. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde diesen Prozess konstruktiv begleiten. Er warb um Zustimmung.

Mit den heute vorliegenden Anträgen werde der Landeshauptstadt Erfurt eine neue Perspektive gegeben und stellt einen guten Ausgangspunkt dar, meldete sich Frau Stange (Fraktion DIE LINKE.) zu Wort. In den zurückliegenden Monaten habe man immer wieder darüber diskutiert, wie man den "Schwung" aus der BUGA 2021 perspektivisch für eine weitere Entwicklung, z. B. des Petersberges, mitnehmen kann bzw. dieser dem Petersberg zu

Gute kommen könnte. Sie hätte sich eine weitere BUGA im Jahr 2026 ("BUGA-light") durchaus vorstellen können, jedoch hatte Sie den Eindruck, dass die Stadtspitze nicht dieser Meinung war und die Initiative für die Umsetzung dadurch auch eingeschlafen war. Und somit müsse man auch einsichtig sein weshalb der ursprüngliche Antrag zurückgezogen wurde. Sie erinnerte zudem daran, dass finanzielle Mittel für ein Gartenfestival auf dem Petersberg bereits dank der Fraktion DIE LINKE. teilweise im Haushalt eingestellt sind. Die vorliegenden Anträge seien ein guter Start und sie warb um Zustimmung.

Herr Hose (Vorsitzender der Fraktion CDU) erwiderte den Dank von Herrn Maicher. Die nun vorliegenden Anträge sind ein gutes Ergebnis der Zusammenarbeit. Er habe Verständnis, vor allem für Händler und Gastronomen, die eine weitere BUGA im Jahr 2026 befürworten würden. Aber man müsse auch Prioritäten in der Stadt setzen und man könne die Stimmen aus der Verwaltung nicht ignorieren, wenn diese immer wieder darauf hinwiesen, dass dieses Vorhaben nicht zu stemmen sei, wenn man die personelle Situation oder beispielsweise andere wichtige Aufgaben, wie den Schulbau, umsetzen soll. Grundsätzlich befürworte man eine weitere BUGA, jedoch sollte man hier gut vorbereitet sein und nicht vorschnell handeln. Bei den Schwerpunkten zum Gartenfestival sei man sich zwischen den Fraktionen zwar uneinig. Mit der vorliegenden Drucksache soll das Ganze erst einmal auf den Weg gebracht werden und danach beginne die eigentliche Arbeit. Er korrigierte seine Vorredner dahingehend, dass es sich bei dem Antrag nur um eine Prüfung eines möglichen Gartenfestivals handelt und heute noch nicht beschlossen wird, dass es ein Gartenfestival geben wird. Es gibt viele offene Fragen, z. B. die Finanzierung eines Gartenfestivals, Schaffung einer mgl. Konkurrenzsituation zur ega usw.. Die Fraktion CDU stimmt der Prüfung all dieser offenen Fragen zu, verlangt aber auch, dass die Verwaltung nun endlich auch ein aussagekräftiges Konzept, wie es bereits mehrfach angekündigt wurde, vorlegt.

Herr Warnecke (Vorsitzender der Fraktion SPD) widersprach Herrn Hose. Mit dem heutigen Beschluss, werde auch die Ausführung eines Gartenfestivals beschlossen und die Verwaltung wird mit einer entsprechenden Erarbeitung einer Konzeption beauftragt. Er begründete, weshalb die Beschlusspunkte 01, 02 und 04 des Antrages (Drucksache 0840/23) in der Ursprungsfassung abgestimmt werden sollen.

Auf Rückfrage des Stadtratsvorsitzenden, wurden keine weiteren Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten angezeigt, daher schloss Herr Panse die Beratung und stellte die Drucksachen zur Abstimmung.

Zunächst wurde über die Drucksache 0839/23 in der Fassung der Stellungnahme der Verwaltung wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis der Drucksache 0839/23:

Ja – Stimmen	38
Nein – Stimmen	0
Enthaltung	7
Befangen	0

Damit wurde die Drucksache mit Änderungen beschlossen.

Danach stellte der Stadtratsvorsitzende die Drucksache 0840/23 in der Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr (Beschlusspunkt 03 in der Fassung der Stellungnahme der Verwaltung, Beschlusspunkte 01, 02 und 04 in der Ursprungsfassung) mit folgendem Ergebnis zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis der Drucksache 0840/23:

Ja – Stimmen	38
Nein – Stimmen	0
Enthaltung	7
Befangen	0

mit Änderungen beschlossen

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Bewerbungskonzept für die Ausrichtung einer Internationalen Gartenausstellung im Jahr 2037 oder 2041 in Auftrag zu geben und dem Stadtrat vorzulegen. In dieses Konzept sollen die DEHOGA, die Gastronomie, die hiesige Wirtschaft sowie der Einzelhandel, der Vereine/Verbände aus den Bereichen Natur-, Arten- und Klimaschutz und darüber hinaus der Landesverband Gartenbau Thüringen und der Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Hessen-Thüringen e.V. mit einbezogen werden. Die Bürgerbeteiligung erfolgt im Rahmen der Konzepterstellung. Eine erneute Internationale Gartenausstellung soll zu einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung führen.

02

Die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen aus bis dahin stattgefundenen "Gartenfestivals" und der Bürgerbeteiligung der BUGA 21 fließen in die Planungen zu einer Internationalen Gartenausstellung (IGA) im Jahr 2037 oder 2041 ein.

03

Der Ausschuss Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr begleitet die Konzepterstellung. Der Oberbürgermeister gibt im Ausschuss halbjährlich zum 30.06. und zum 31.12. einen Sachstandsbericht. Die erste Berichterstattung erfolgt zum 31.12.2023.

6.36. "Gartenfestival" auf dem Petersberg
Einr.: Fraktion CDU; Fraktion SPD; Fraktion DIE LINKE;
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Fraktion Mehrwert-
stadt Erfurt, Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten

0840/23

Siehe Tagesordnungspunkt 6.35.

mit Änderungen beschlossen

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

Beschluss

01

Parallel zur Entwicklung eines Rahmenplanes Petersberg wird ein Konzept für ein "Gartenfestival" entwickelt. Auf Grundlage des Konzeptes ist dem Stadtrat eine Entscheidungsvorlage vorzulegen. Das "Gartenfestival" soll möglichst 2026 das erste Mal durchgeführt und mindestens in einem Rhythmus von zwei Jahren stattfinden. Dabei sind Vorschläge zur Finanzierung zu erarbeiten, die ein "Gartenfestival - Stadt-Garten-Kultur" mit überregionaler Ausstrahlung ermöglicht. Dabei soll auf die guten Erfahrungen der Erfurter BUGA 2021 zurückgegriffen werden. Bis zum Ende des Jahres soll dem Stadtrat der neue Rahmenplan Petersberg vorgelegt werden.

02

Neben städtebaulichen Entwicklungsszenarien ist dabei die freiraumplanerische Ebene von großer Bedeutung. Hier sind die Ausstellungsflächen für die "Gartenschauen/Gartenfestival" unter Einbeziehung der Ressourcen der EGA zu definieren.

03

Im Falle einer endgültigen positiven Beschlussfassung des Stadtrates zu einem "Gartenfestival" ist bis Ende 2030 eine umfassende Evaluation des/der "Gartenfestivals" im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vorzulegen.

04

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr ist fortlaufend über die Umsetzung der Beschlusspunkte 01 bis 03 zu informieren und zu beteiligen.

6.37. Aufforderung an die von der Stadt Erfurt entsendeten 0841/23
Vertreter in der Verbandsversammlung (Verbandsrat) und
im Verwaltungsrat der Sparkasse Mittelthüringen hin-
sichtlich der Umsetzung § 16 Abs. 7 Thüringer Sparkas-
sengesetz
Einr.: Fraktion DIE LINKE

Durch den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Panse, wurde darüber informiert, dass die Drucksache im Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung am 03.05.2023 bestätigt wurde (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0).

Danach eröffnete er die Beratung und erteilte Frau Stange (Fraktion DIE LINKE.) das Wort.

Frau Stange führte zur Intention des Antrages aus. Es ginge um die Umsetzung des § 16 Abs. 7 des Thüringer Sparkassengesetzes, in dem geregelt ist, dass die in den Verwaltungsrat der Sparkasse Mittelthüringen entsandten Mitglieder ihre Einkünfte offenlegen sollten. Ihrer Meinung nach hat es auch ein Stück weit mit Transparenz und Ehrlichkeit zu tun, wenn entsandte Mitglieder des Stadtrates ihre zusätzlichen Bezüge offenlegen. Sie wies darauf hin, dass die Fraktion DIE LINKE. bereits ihre zusätzlichen Einkünfte öffentlich gemacht habe – dies könne man auf der Internetseite nachlesen. Sie warb um Zustimmung.

Herr Dr. Poppenhäger (Fraktion SPD), begründete, weshalb schlussendlich die Fraktion SPD dem Antrag nicht zustimmen wird. Die drei entsandten Verwaltungsräte wurden durch den Stadtrat gewählt und der vorliegende Antrag stellt seines Erachtens einen Misstrauensantrag gegen die eigenen drei gewählten Verwaltungsräte dar.

Der Stadtratsvorsitzende fragte, ob es weitere Wortmeldungen gibt. Dies war nicht der Fall, deshalb schloss er die Beratung und rief die Drucksache 0841/23 zur Abstimmung auf.

beschlossen

Ja 20 Nein 15 Enthaltung 11 Befangen 0

Beschluss

01

Die von der Stadt Erfurt entsendeten Vertreterinnen und Vertreter in der Verbandsversammlung (Verbandsrat) und im Verwaltungsrat der Zweckverbandssparkasse Mittelthüringen (der OB als gesetzlicher Vertreter der Stadt eingeschlossen) werden aufgefordert, auf die Umsetzung des § 16 Abs. 7 Thüringer Sparkassengesetz hinzuwirken, wonach für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Bezüge jedes einzelnen Mitglieds des Vorstandes unter Namensnennung, aufgeteilt nach erfolgsunabhängigen und erfolgsbezogenen Komponenten sowie Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung, jährlich ortsüblich offengelegt werden.

02

Der Oberbürgermeister unterrichtet den Stadtrat bis spätestens 31. Dezember 2023 über die Umsetzung des Beschlusspunktes 01.

**6.38. Evaluation des Angebotes des Familien-Passes
Einr.: Fraktion SPD**

0849/23

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache im Jugendhilfeausschuss am 27.04.2023 mit Änderungen bestätigt wurde.

Die Änderungen entsprechen dem in Drucksache 1014/23 vorliegenden Antrag der Fraktion SPD. Dieser sieht die inhaltliche Ergänzung des Beschlusspunktes 02 sowie die Hinzufügung eines neuen Beschlusspunktes 03 vor. Die Stellungnahme der Verwaltung lag allen Stadtratsmitgliedern vor.

Der Stadtratsvorsitzende eröffnete die Beratung und erteilte Herrn Mroß (Fraktion SPD) das Wort.

Herr Mroß führte wie folgt aus:

Der Familienpass ist seit dem Jahr 2001 ein fester Bestandteil der Familienförderung in Erfurt. Mit dem vorliegenden Antrag wolle man das derzeitige Angebot evaluieren – z. B. auch eine digitale Umsetzung des Familienpasses, sozusagen ein Familienpass 2.0.

Für die vorangegangene Debatte im Jugendhilfeausschuss bedankte er sich u. a. bei Frau Fischer (Fraktion CDU), welche im Jugendhilfeausschuss dafür gesorgt hatte, dass das Angebot des Familienpasses erweitert wurde und bedankte sich auch bei Frau Hantke (Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN), welche darauf aufmerksam machte, dass man auch die unterschiedlichen Altersklassen der Kinder und Jugendlichen berücksichtigen muss.

All diese Themen werden mit dem Antrag der Fraktion SPD aufgegriffen, teilte Herr Mroß mit und warb um Zustimmung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, schloss der Stadtratsvorsitzende die Beratung und stellte die Drucksache 0849/23 in der Fassung des Antrages der SPD (Drucksache 1014/23) zur Abstimmung.

mit Änderungen beschlossen

Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das bisherige Angebot des Familienpasses zu evaluieren und anhand der gesteckten Ziele, der einzelnen Nutzerzahlen je Angebot und des Kosten-/Nutzenaufwandes je Angebot auszuwerten. Die Stadtverwaltung evaluiert, an welche Altersgruppen sich die derzeitigen Angebote richten und inwieweit Angebote für junge Jugendliche bei einem Ausbau der Angebote gestärkt werden können.

02

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Evaluationsberichtes Möglichkeiten für die digitale Umsetzung der Nutzung des Angebotes zu prüfen und darzustellen.

03

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Evaluationsbericht im dritten Quartal 2023 im Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

04

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Evaluation einen Vorschlag für eine Weiterentwicklung des Angebotes des Familienpasses zu erarbeiten und diesen bis zum Ende des zweiten Quartals 2024 im Unterausschuss Fachplanung Familienbildung und Familienförderung vorzustellen, damit sich der Unterausschuss anschließend damit befassen kann.

05

Bei der Weiterentwicklung des Familienpasses ist die Angebotsstruktur für die verschiedenen Altersklassen zu berücksichtigen.

6.38.1. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0849/23 - Evalu- 1014/23
 ation des Angebotes des Familien-Passes

bestätigt

6.39. Neubesetzung Verbandsrat in der Verbandsversammlung 0966/23
 des Sparkassenzweckverbandes Mittelthüringen
 Einr.: Oberbürgermeister

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache durch den Hauptausschuss am 23.05.2023 bestätigt wurde (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen

Ja 42 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss

01

Frau Stefanie Hantke wird als übrige Verbandsrätin in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Mittelthüringen zum 31. Mai 2023 abberufen.

02

Herr Jürgen Lange wird als Stellvertreter für die übrige Verbandsrätin, Frau Stefanie Hantke zum 31. Mai 2023 abberufen.

03

Herr Stefan Möller wird als übriger Verbandsrat in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Mittelthüringen zum 1. Juni 2023 neu entsandt.

**6.40. Wahl der Vertrauenspersonen des Wahlausschusses beim 1026/23
Amtsgericht
Einr.: Oberbürgermeister**

Der Tagesordnungspunkt 6.40 wurde wie unter Tagesordnungspunkt 2 vereinbart, gemeinsam mit den Wahlen aus dem Tagesordnungspunkt 5.6 und vor der Pausen aufgerufen. Die Behandlung erfolgte nach dem Tagesordnungspunkt 6.23.

Da man in der Tagesordnung schon sehr weit vorangeschritten war, machte der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, den Vorschlag nach der Durchführung der Wahlgänge, nur eine verkürzte Pause und nicht wie unter Tagesordnungspunkt 2 zuvor vereinbart eine 45-minütige Pause einzulegen.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch. Die Sitzung sollte um 18.50 Uhr weitergeführt werden.

Der Stadtratsvorsitzende stellte zunächst die Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Stadtrates fest. Zum Zeitpunkt des Aufrufs des Tagesordnungspunktes waren 47 Wahlberechtigte anwesend. Ferner informierte er über den Ablauf der Wahlhandlung wie folgt.

Zur Wahl im Rahmen des Tagesordnungspunktes 5.6 wies er darauf hin, dass jedes Mitglied des Stadtrates je eine Stimme abgeben könne. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat (§ 39 Abs. 2 ThürKO).

Bezüglich der Wahl zum Tagesordnungspunkt 6.40 wies der Stadtratsvorsitzende darauf hin, dass jedes Mitglied des Stadtrates zwei Stimmen (je eine Stimme für die Vertrauensperson und je eine Stimme für den Stellvertreter) habe.

Zur erfolgreichen Wahl bedarf es der Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder des Stadtrates, mindestens jedoch der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Stadtrates (also 26). Die erforderliche Mehrheit beträgt daher 32 Stimmen, teilte der Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Anschließend eröffnete der Vorsitzende des Stadtrates den Wahlgang und rief zunächst die Mitglieder der Wahlkommission zur Stimmabgabe auf.

Anschließend folgten die übrigen anwesenden wahlberechtigten Mitglieder des Stadtrates. Zuletzt gab er selbst seine Stimme ab.

Sodann adressierte er an das Gremium die Frage, ob jede wahlberechtigte Person Gelegenheit zur Abgabe ihrer Stimme gehabt habe. Aufgrund des Ausbleibens entsprechender Gegenanzeigen stellte er fest, dass dies der Fall ist und schloss die Stimmabgabe.

Nach Schließung der Stimmabgabe eröffneten die Mitglieder der Wahlkommission die Wahlurnen, prüften die abgegebenen Stimmzettel und ermittelten alsbald das Ergebnis.

Nach Beendigung der Pause, welche für 18.50 Uhr vorgesehen war, kritisierte der Stadtratsvorsitzende, dass nicht pünktlich und wie zuvor vereinbart, die Sitzung um 18.50 Uhr fortgeführt werden konnte, da weder die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit noch ein anderer Beigeordneter pünktlich anwesend war.

Nachdem die Vertretung des Oberbürgermeisters anwesend war, gab der Stadtratsvorsitzende wie folgt die Wahlergebnisse bekannt:

Abstimmungsergebnis TOP 5.6 – Wahlgang der Drucksache 1143/23

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	47
abgegebene Stimmen:	45
erforderliche Mehrheit:	24
Stimmen für Herrn Christoph Tanzberger	37
ungültige Stimmen	8

Der Stadtratsvorsitzende stellte sodann fest, dass Herr Christoph Tanzberger die notwendige Mehrheit erreicht habe und somit als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt wurde.

Abstimmungsergebnis TOP 6.40 – Wahlgang der Drucksache 1026/23

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon anwesend:	47
abgegebene Stimmen:	45
erforderliche Mehrheit:	32
Stimmen für Frau Vivien Rottstedt	16
ungültige Stimmen	29
Stimmen für Herrn Sascha Schlösser	13
ungültige Stimmen	32

Der Stadtratsvorsitzende stellte sodann fest, dass die zur Wahl stehenden Kandidatinnen und Kandidaten die notwendige Mehrheit nicht erreicht hätten und somit nicht zur Vertrauensperson bzw. stellvertretenden Vertrauensperson beim Amtsgericht gewählt worden seien.

Frau Rötsch (Fraktion Mehrwertstadt Erfurt) beantragte nach Verkündung der Wahlergebnisse den Abbruch des Wahlganges zum Tagesordnungspunkt 6.40 (Drucksache 1026/23).

Abstimmungsergebnis:

Ja – Stimmen:	42
Nein – Stimmen:	5
Enthaltungen:	0

Der Stadtratsvorsitzende stellte fest, dass die Mitglieder des Stadtrates dem Abbruch des Wahlganges mehrheitlich zugestimmt hatten.-

abgelehnt

Sodann wurde mit dem Tagesordnungspunkt 6.24 fortgefahren.

**6.41. Änderung und Ergänzung der Geschäftsordnung
Einr.: Oberbürgermeister**

1028/23

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach dem Tagesordnungspunkt 6.39 aufgerufen.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Panse, informierte, dass die Drucksache durch den Hauptausschuss am 23.05.2023 bestätigt wurde
(Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Gemäß der Vereinbarung unter Tagesordnungspunkt 2 erfolgte die sofortige Abstimmung ohne Diskussion.

beschlossen

Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die in der Anlage 1¹⁶ befindliche Änderung und Ergänzung der Geschäftsordnung wird beschlossen.

7. Informationen

**7.1. Berichterstattung über die Arbeit des kommunalen Beirates für Menschen mit Behinderungen
BE: Vorsitzender des Beirates für Menschen mit Behinderungen**

Siehe Tagesordnungspunkt 2.

vertagt

¹⁶ redaktioneller Hinweis:

Die Anlage 1 des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 18 beigelegt.

7.2. Sonstige Informationen

Frau Schönemann (Fraktion DIE LINKE.) informierte über die Initiative "Erfurter Stadtradeln", welches in diesem Jahr vom 01.06.2023 - 21.06.2023 stattfindet und warb um rege Beteiligung aller Anwesenden.

Der Beigeordnete für Kultur und Stadtentwicklung, Herr Dr. Knoblich, informierte über das diesjährige Krämerbrückenfest und wies auf einen durch ihn ausgelegten Flyer mit dem diesjährigen Programm im Bereich vor dem Ratssitzungssaal hin.

Außerdem stellte er klar, dass es sich nicht, wie im MDR-Thüringen verkündet wurde, um ein "Festival" handelt, sondern es wird weiterhin das "Krämerbrückenfest" sein.

Im Zusammenhang mit der Wortmeldung von Herrn Schlösser (Fraktion AfD) wurde die folgende Festlegung getroffen.

<p>Herr Schlösser, Fraktion AfD, äußerte rechtliche Bedenken in Bezug auf die nicht vollständige Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss (vgl. Tagesordnungspunkt 6.40, Drucksache 1026/23 - Wahl der Vertrauenspersonen des Wahlausschusses beim Amtsgericht).</p> <p>Seiner Ansicht nach sei die Wahl der Schöffen revisionsangreifbar, da der Wahlausschuss nicht vollständig besetzt sei. Dies sei u. a. auf der Internetpräsenz www.schoeffenwahl.de nachlesbar. Daher müssten in einer Sondersitzung des Stadtrates die noch offenen Stellen gewählt werden, damit der Wahlausschuss seine Arbeit aufnehmen könne.</p> <p>Der Stadtratsvorsitzende Herr Panse schlug daraufhin vor, diese Aussage zu Protokoll zu nehmen und eine rechtsförmliche Prüfung durch das Rechtsamt durchführen zu lassen. Das Ergebnis sollte zeitnah im Hauptausschuss vorgelegt werden. Gegen diesen Vorschlag erhob sich kein Widerspruch.</p>	<p>DS 1168/23</p>
--	-----------------------

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Der Stadtratsvorsitzende schloss die öffentliche Sitzung des Stadtrates und auf seine Bitte hin, wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

gez. Panse
Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführerin

